

Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

XXIV. GP.-NR
11238 /AB
19. Juni 2012
zu **11430/J**

Wien, am 15. Juni 2012

Geschäftszahl:
BMWFJ-10.101/0180-IM/a/2012

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 11430/J betreffend „Maßnahmen gegen illegale Skilehrer“, welche die Abgeordneten Rupert Doppler, Kolleginnen und Kollegen am 19. April 2012 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 5 der Anfrage:

Das Schischulrecht fällt in Gesetzgebung und Vollziehung in die Zuständigkeit der Länder. Davon sind somit auch die gesetzliche Regelung des Schilehrerberufs sowie die zugehörige Vollziehung umfasst. Steuer- und sozialversicherungsrechtliche Angelegenheiten fallen ebenso nicht in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend.

Aufgrund dieser Tatsache verfügt mein Ressort über keine Daten zu diesem Themenkomplex und kann auch keine Maßnahmen setzen.

